

Für eine kindergerechte Republik – politische und gesellschaftliche Herausforderungen

Vortrag auf dem Fachkongress „Schützen, fördern, beteiligen – Für ein kindergerechtes Deutschland“ des BMFSFJ am 4. Dezember 2008 in Berlin

Prof. Dr. Manfred Liebel, Internationale Akademie an der Freien Universität Berlin, Leiter des European Network of Masters in Children's Rights (ENMCR)

Um zu einer kindergerechten Republik zu werden, ist auch in Deutschland noch einiges zu tun. Reicht es hierfür, auf Kinder mehr Rücksicht zu nehmen, z.B. im Straßenverkehr oder bei der Verkehrsplanung? Ich denke „Nein“, so wichtig die Rücksichtnahme auf Kinder ist. Es gehört auch und vor allem dazu, dass Kinder ihre Rechte in umfassender Weise und ohne jegliche Diskriminierung ausüben können und dass Staat und Gesellschaft die hierfür nötigen Bedingungen schaffen. Mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) am 6. März 1992 hat sich die Bundesrepublik Deutschland hierzu verpflichtet (vgl. Liebel 2007, S. 137 ff.). Deutschland kindergerecht zu gestalten ist also nicht eine Frage des Wohlwollens gegenüber den Kindern oder eine Frage des Nutzens für die Gesellschaft, sondern ein Recht, auf das die *Kinder* einen Anspruch haben. Zu diesem Anspruch gehört nicht nur, dass Staat und Gesellschaft sich um die Rechte der Kinder kümmern, sondern auch dass die Kinder aktiv an der Ausgestaltung und Umsetzung ihrer Rechte mitwirken können.

Bisher fehlt es in Deutschland an Studien, die darüber Auskunft geben, wie groß das Interesse von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Altersgruppen ist, ihre Rechte aktiv auszuüben und an (politischen) Entscheidungen mitzuwirken. Soweit die Kinderrechte angesprochen werden, handelt es sich um örtlich begrenzte Befragungen, die lediglich herausfinden wollen, welche Rechte Kinder für sich oder andere als besonders wichtig betrachten (vgl. dazu Liebel 2009, S. 67 ff.). Dies gilt auch für das erstmals bundesweit durchgeführte LBS-Kinderbarometer (2007).

Studien der letzten Jahre befassen sich vorwiegend mit allgemeinen Hoffnungen, Wünschen, Ängsten oder dem Interesse an Politik. Die Ergebnisse deuten daraufhin, dass unter jungen Menschen Zukunftsängste verbreitet sind: bei Kindern (8-11 Jahre) vor allem Ängste vor unkontrollierbaren Ereignissen (z.B. Kriege) und schlechten Noten in der Schule und ihren Folgen (World Vision 2007, S. 203); bei Jugendlichen (12-25 Jahre) vor allem Ängste vor steigender Armut, Arbeitslosigkeit, Terroranschlägen und Umweltzerstörung (Shell 2006). Die Ängste vor schlechten Noten und Arbeitslosigkeit sind bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen besonders groß. Denselben Studien zufolge äußern nur wenige Kinder und Jugendliche explizit Interesse an Politik, sie zeigen hingegen vergleichsweise großes Interesse daran, aktiv zu sein, sich zu engagieren und Aufgaben zu übernehmen, wobei manche beklagen, hierzu wenig Gelegenheit zu finden, oder sie haben das Gefühl, nicht gebraucht zu werden.

Aus Studien, die sich explizit mit Fragen der Partizipation befassen (Fatke & Schneider 2005; Bertelsmann Stiftung 2007), geht wiederum hervor, dass viele Kinder und Jugendliche wenig Sinn in ihrer Mitwirkung sehen, weil sie den Politikern nicht trauen und sich von ihnen nicht respektiert fühlen. Über die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen gab an, mit der Politik generell unzufrieden zu sein und noch mehr betonen, nicht wirklich ernst genommen zu werden. Dem entsprechen auch die Befunde einer qualitativen Untersuchung mit 11- bis 18-jährigen Abgeordneten eines niedersächsischen Jugendparlaments (Burdewick 2003 &

2005). Die befragten Kinder und Jugendlichen beklagten sich darüber, keine ausreichende Anerkennung im Bereich der etablierten Politik zu finden. Sie erleben diese als „öde“, „eintönig“, „lahmarschig“ und sehen wegen des Gefühls der Ohnmacht für sich wenig Möglichkeiten, ihre Interessen wirksam einbringen zu können. Ihr Engagement im Jugendparlament nehmen die Interviewten nicht als politisches Handeln wahr, sondern als Agieren in einem Schonraum, in dem sie gesellschaftliche Mitwirkung höchstens spielen dürfen. In einer Regionalstudie im Bundesland Sachsen-Anhalt (Schmidt 2002) ergab sich, dass die Kinder und Jugendlichen vor allem die Gremienarbeit in der Schule als Scheinpartizipation ohne wirkliches Mitbestimmungsrecht kritisierten und dass mit zunehmendem Alter die Enttäuschung über die Reichweite von Gremienaktivitäten wächst.

In einer auf Schleswig-Holstein bezogenen Regionalstudie begegneten Kinder und Jugendliche der von den Erwachsenen geäußerten Einschätzung, Beteiligung in der Kommune lohne sich, mit Misstrauen. „Sie forderten ihre Beteiligung als Recht – nicht als Gnade – ein. Sie wehrten sich gegen eine Kolonialisierung ihres Lebensalltags durch professionelle Beteiligung und forderten insbesondere: *Beteiligung darf nicht nur dann stattfinden, wenn sie sich rechnet!*“ (Knauer et al. 2004, S. 171 f.; kursiv im Orig.). Typische Äußerungen waren: „*Ihr beteiligt uns nur, wenn es euch nützt.*“ – „*Mich interessiert nicht, ob sich eine Gemeinde ein Schild ‚Kinderfreundliche Region‘ an den Ortseingang hängen darf, was auch immer das dann bedeutet. Uns interessiert, ob wir tatsächlich ernst genommen werden.*“ – „*Ob die Wohnungsbaugesellschaft mit uns spart oder nicht, ist mir egal. Mir geht es darum, dass ich mich mit meinen Freunden treffen kann*“ (zit. a.a.O., S. 172). Die Kinder und Jugendlichen argwöhnen, dass ihre Partizipation nur dann unterstützt wird, wenn sie sich für Erwachsene rentiert.

Aus Ängsten, Unzufriedenheit oder dem Gefühl, nicht gebraucht und ernst genommen zu werden, entsteht nicht notwendiger Weise der Wunsch, politisch aktiv zu sein und auf seinen Rechten zu bestehen. Solche Eindrücke können auch, wie aus den zitierten Studien hervorgeht, zu allgemeiner Politikverdrossenheit führen. Aber unter bestimmten Voraussetzungen können negative und frustrierende Erfahrungen auch als Handlungsprovokation wirken. Auf einem Kongress z.B., der vor sieben Jahren im FEZ an der Wuhlheide in Berlin stattfand und den die anwesenden Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren selbst gestalten konnten, ergab sich u.a. folgendes Resultat: „*Wir erwarten, dass unsere Meinungen und unsere Rechte mehr respektiert werden und dass wir mehr mitbestimmen können, auch in der Politik. Eine Welt, in der wir Kinder mehr zu sagen hätten, würde anders aussehen. Sie wäre bunter und kreativer, sie wäre freundlicher und friedlicher, die Umwelt wäre gesünder, und es würde nicht so viel Gewalt herrschen.*“ (Aus der Abschlusserklärung des Kinderkongresses „Kids Aktiv“, November 2001, dokumentiert in Liebel, Nnaji & Wihstutz 2008, S. 396 ff.).

In meinem Vortrag will ich deshalb besonderes Gewicht auf die Frage legen, wie es in Deutschland um die Partizipation von Kindern steht und welche Rolle Kinder bei der Ausgestaltung ihrer Rechte spielen oder spielen könnten. Insbesondere geht es mir darum, die Sichtweise der Kinder zu beachten und zu fragen, wie Erwachsene sich dazu verhalten können und welche Schwierigkeiten dabei auftreten. Ich werde dabei auch kurz auf Erfahrungen in Lateinamerika eingehen, von denen sich lernen lässt.

Wie steht es nun in Deutschland um die Teilhabe und Partizipation bzw. Beteiligung der Kinder? Diese Begriffe werden nicht immer in der gleichen Weise verstanden. Im jüngst erschienenen, von dem HU-Kollegen Hans Bertram herausgegebenen *UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland* (Bertram 2008) wird unter Teilhabe all das verstanden, was dem „kindlichen Wohlbefinden“ und der individuellen Entwicklung des Kindes dient. Demnach umfasst Teilhabe die Dimensionen „materielles Wohlbefinden, Bildung Gesundheit, persön-

liche Sicherheit, Beziehung zu den Eltern und zu Freunden und persönliches Wohlbefinden“ (a.a.O., S. 12). Anzumerken ist, dass in dem UNICEF-Bericht unter Bildung nicht wie in den PISA-Studien nur kognitive Aspekte verwertungsrelevanten Wissens verstanden werden.

Diese erstmals im Ländervergleich angewandte Definition von Teilhabe hat den Vorteil, dass sie neben dem materiellen mehrere Aspekte der Lebenssituation von Kindern gewichtet und dabei auch die Sichtweise und das Empfinden der Kinder berücksichtigt. Schon der Titel des Berichts „Mittelmaß für Kinder“ drückt aus, dass Deutschland im Vergleich zu anderen sog. entwickelten oder wohlhabenden Ländern nicht mehr als einen Mittelplatz einnimmt, also – gemessen an seinen Möglichkeiten – nicht gerade als besonders kinderfreundlich gelten kann. Unter den europäischen Ländern schneiden die Niederlande, Schweden und Finnland oder auch Spanien wesentlich besser ab. Die Leiterin des UNICEF-Forschungszentrums *Innocenti* in Florenz, Marta Santos Pais (2008, S. 225), kommentiert: „Das Wohlbefinden von Kindern wird auch in Industriestaaten trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung und allgemeinem Fortschritt in beunruhigendem Ausmaß durch Marginalisierung und Ausgrenzung überschattet.“

Bezogen auf Deutschland sei nur erinnert an die noch immer große und sogar wachsende Zahl von Kindern, die in relativer Armut aufwachsen müssen, mit offenkundig negativen Folgen für ihre Sozialkontakte, ihre Bildungsmöglichkeiten, ihre physische und psychische Gesundheit, ihre soziale und mentale Entwicklung und damit ihre Zukunftschancen (vgl. z.B. Deutsches Kinderhilfswerk 2007). Oder es sei erinnert an die hochgradig soziale Selektion im deutschen Schulwesen, die ebenfalls eher zu- als abnimmt und die immense soziale Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft auf lange Sicht zementiert (vgl. z.B. Overwien & Prengel 2007). Oder es sei erinnert an die weiterhin himmelschreiende Benachteiligung der Migrantenkinder, nicht zu reden von den Kindern, die als Flüchtlinge nur „geduldet“ werden oder gänzlich ohne Papiere sind. Sie werden an der Wahrnehmung ihres Bildungsrechts gehindert und müssen täglich mit ihrer Abschiebung rechnen, mit oft traumatischen Folgen (vgl. z.B. Deutsches Kinderhilfswerk 2007; Geflüchtete Kinder 2008). Last but not least sei an die Situation der Kinder mit Behinderungen (oft schamhaft als Kinder mit besonderen Bedürfnissen bezeichnet) erinnert. Ihnen wird in den meisten Bundesländern noch immer verwehrt, gemeinsam mit anderen Kindern in einer Regelschule zu lernen. Stattdessen werden sie in Sonderschulen ausgesondert und um ihre Zukunftschancen betrogen. Eltern, die sich dieser Diskriminierung widersetzen, werden – wie jüngst wieder in Baden-Württemberg geschehen – von den Behörden der Rechtsverletzung beschuldigt und mit Klagen bedroht (vgl. taz v. 29./30.11.2008, S. 5: „Behinderte Kinder lernen illegal“).

All diese Kinder – zusammen einige Millionen allein in Deutschland – werden strukturell und willentlich oder durch Unterlassung notwendiger politischer Entscheidungen massiv in ihren Rechten verletzt. Der frühere Kinderbeauftragte von NRW, Dr. Reinald Eichholz, sieht darin sogar ein „eklatantes Rechtsstaatsdefizit“, das das Sozialstaatsdefizit noch verschärft. Er bezieht sich dabei auf Art. 4 der UN-Kinderrechtskonvention, der die Vertragsstaaten verpflichtet, „alle geeigneten Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen (KRK, Anm. ML) anerkannten Rechte“ zu treffen (Vortrag auf dem Offenen Forum der „National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland“ am 14.11.2008 in Berlin). Einem kindergerechten Deutschland, denke ich, kämen wir nur näher, wenn dem Rechnung getragen und der Marginalisierung und Ausgrenzung all dieser Kinder ernsthaft begegnet würde.

Aber auch dies wäre nicht genug. Der Teilhabe-Begriff des UNICEF-Berichts ist nützlich, um die komplexen Prozesse von Marginalisierung und Ausgrenzung und damit die Verletzung

fundamentaler Kinderrechte zu erkennen. Aber er greift zu kurz, wenn wir die Kinder als *aktive* Subjekte von Rechten ins Auge fassen, die selbst eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung und Ausgestaltung ihrer Rechte spielen. Mit anderen Worten: Während Teilhabe im Sinne des UNICEF-Berichts vor allem auf *Integration* (oder, wie manche Fachleute sagen, auf *Inklusion*) zielt, käme es *auch* darauf an, die *Emanzipation* der Kinder aus unnötigen und unverschuldeten Abhängigkeiten ins Auge zu fassen und mit allen möglichen Mitteln zu fördern.

Seit den 1980er Jahren sind in Deutschland tatsächlich zahlreiche Modelle und Projekte entworfen und Initiativen gestartet worden, um Kindern mehr Partizipationsmöglichkeiten zu verschaffen und ihre Mitwirkung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu steigern. Kaum eine Organisation oder Einrichtung, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat oder für Kinderrechte eintritt, versäumt, deren Wichtigkeit zu betonen. Auch die Bundesregierung hat in ihrem Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ (NAP) (BMFSFJ 2005) betont, sie wolle sich besonders dafür einsetzen, „die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen in Bund, Ländern und Gemeinden verbindlich zu regeln“. Kinder- und Beteiligungsrechte sollen in Bildungs- und Erziehungsplänen, Ausbildungs- und Studienordnungen und in spezifischen Weiterbildungsangeboten für einschlägige Fachkräfte verankert werden. Ein Blick auf die in Deutschland geltenden Gesetze zeigt allerdings, dass zwischen der vollmundigen Rhetorik, sich für „verbindliche“ Regelungen der Mitwirkung von Kindern einzusetzen, und der geltenden Rechtslage noch immer eine große Lücke klafft.

Dies gilt trotz mancher in den letzten Jahren erreichter Fortschritte im Kindschaftsrecht und der Verankerung des Rechts auf gewaltfreie Erziehung für alle Lebens- und Rechtsbereiche: für das Schul-, Jugendhilfe- und Familienrecht ebenso wie für das Wahl- und Vereinsrecht (vgl. Liebel 2009, S. 148 ff.). Doch aus Zeitgründen will ich mich hier auf den Bereich der Schule beschränken.

In der Schule unterliegen die Kinder nachwievor einem „besonderen Gewaltverhältnis“, das die vorhandenen Mit- oder Selbstverwaltungsgremien weitgehend zur Farce macht. In verfassungsrechtlicher Sicht stellen Schülerinnen und Schüler (ebenso wie Eltern) ein nicht legitimes „Teilvolk“ dar, das aus seiner unmittelbaren Betroffenheit von staatlichem Handeln in der Schule keinen Anspruch auf besondere Mitwirkungsrechte ableiten kann (vgl. Avenarius & Heckel 2000, S. 117). Die in den Schulgesetzen der Bundesländer für Schülerinnen und Schüler vorgesehenen Partizipationsmöglichkeiten sind fast vollständig auf Informations- und Beratungsrechte beschränkt. Soweit den Schülern eine Mitwirkung gestattet wird, macht sie vor Entscheidungsbereichen halt, die von den Schulbehörden nach eigenem Ermessen als „wesentlich“ eingestuft werden (vgl. Freitag 2007).

Ergänzend möchte ich anmerken, dass auch die außerschulischen Kinder- und Jugendparlamente, die in zahlreichen Städten und Kommunen seit den 90er Jahren entstanden sind, nicht das Recht haben, in Entscheidungen kommunaler oder staatlicher Behörden einzugreifen. Ihre Bedeutung ist eher symbolischer Natur, sie können eine Vorbildwirkung haben, werden aber weitaus häufiger zur Prestigesteigerung kommunaler oder staatlicher Funktionsträger missbraucht (vgl. Berger 2007, S. 125). Stattdessen müsste – auch aus demografischen Gründen – die Frage des Wahlrechts für Kinder endlich ernsthaft angegangen werden. Meines Erachtens sollten Kinder ungeachtet ihres Alters das Recht bekommen, sich an Wahlen auf allen Ebenen zu beteiligen, sobald sie Interesse daran bekunden. Konkrete und praktikable Vorschläge hierzu sind schon mehrfach gemacht worden (vgl. z.B. Weimann 2002; Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen 2008).

Wer die Partizipation von Kindern erleichtern oder fördern und die gesellschaftliche Stellung der Kinder stärken will, kommt nicht umhin, sich über die bestehende, wenig Spielraum bietende Rechtslage klar zu sein, und sollte darauf dringen, sie zu ändern. Geschieht dies nicht, droht der Partizipationsdiskurs, der meist von gut gemeinten pädagogischen Zielsetzungen geleitet ist, zur *Partizipationsfolklore* zu verkommen und die tatsächliche Bedeutung und Reichweite der praktizierten oder anvisierten Partizipation der Kinder zu vernebeln oder überschätzen.

Lassen Sie mich daran erinnern, was die Bundesregierung im NAP (BMFSFJ 2005, S. 51) betont hatte: „Gesellschaft und Politik müssen miteinander umdenken: Erforderlich ist eine offenere Grundhaltung gegenüber Kindern und Jugendlichen. Wir müssen ihre Beteiligungsrechte als selbstverständlichen Bestandteil der demokratischen Kultur unserer Gesellschaft akzeptieren, und das muss in der Praxis konkret sichtbar werden: mit entsprechenden Strukturen und mit einer neuen Austarierung von Machtverhältnissen zwischen den Generationen.“

Ich muss gestehen, dass ich bei den seither (und zuvor schon) unternommenen Bemühungen um mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht erkennen kann, dass sie mit nennenswerten Strukturveränderungen einhergingen und die bestehenden Machtverhältnisse ernsthaft berührt haben. Es handelt sich fast immer um Projekte, deren Zielsetzungen und Rahmenbedingungen von Erwachsenen vorgegeben werden und die in erster Linie dazu dienen sollen, die Kinder und Jugendlichen – wie es so schön heißt – mit der Demokratie vertraut zu machen. Über die darin angelegte *Top-Down-Perspektive* wird wenig reflektiert, sie wird teilweise sogar als unvermeidlich betrachtet, da angenommen wird, die Kinder müssten erst zur Partizipation motiviert und „gebracht“ werden. Damit wird der Eindruck erweckt, die Kinder und Jugendlichen seien das Problem, statt sich zu fragen, was sich an der Art, Politik zu machen, ändern müsste, um das Interesse der Kinder und Jugendlichen (wieder) zu gewinnen.

Kinder sind aufgrund gesellschaftlicher Strukturen und Bräuche (im Sinne mehrheitlich geteilter Vorurteile und Gewohnheiten) sowie gesetzlicher Einschränkungen („Minderjährige“) zu den eher machtlosen Bevölkerungsgruppen zu rechnen. Dies gilt umso mehr für Kinder, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft und Lebenslage, ihres Geschlechts oder als Angehörige kultureller oder religiöser Minderheiten zusätzlich und mehrfach benachteiligt sind. Erfahrungsgemäß beteiligen sich solche Kinder selten an den üblicherweise angebotenen Partizipationsprojekten. Grund dafür sind nicht zuletzt Erfahrungen von Frustration und Perspektivlosigkeit und das Gefühl, dass diese Projekte wenig mit ihrem Leben zu tun haben und nichts dazu beitragen, die eigene Lebenssituation zu verbessern. Sie spüren, dass hier – nach den Worten der Aachener Sozialwissenschaftlerin Nadja Kutscher (2007, S. 198) „nur mittel-schichtorientierte Hegemonialinteressen und -ausdrucksformen ihren Raum bekommen“. Wenn Partizipation für diese Kinder einen Sinn ergeben soll, müssen ihre Alltagsbedürfnisse und Interessen ebenso als legitim und gleichwertig anerkannt werden wie ihre Ausdrucksform, „die oft nicht identisch ist mit den erwarteten ‚klassischen‘ Beteiligungsformen“ (ebd.). Dies würde – so Nadja Kutscher (a.a.O., S. 199) – „bei konsequenter Umsetzung eine völlige Neuorientierung von Beteiligungsaktivitäten“ bedeuten, „weg von der Perspektive der Anbieter bzw. derer, die Beteiligung aktivieren wollen, hin zu der Perspektive derjenigen, die beteiligt werden sollen (oder wollen)“.¹

¹ Die sprachliche Wendung, dass Kinder „beteiligt werden sollen (oder wollen)“, zeigt, dass auch Nadja Kutscher trotz ihrer neuen Einsichten noch im traditionellen paternalistischen Diskurs von Kinderpartizipation befangen

Schon die Autorinnen einer in den 90er Jahren im Auftrag des BMFSFJ durchgeführten Studie des Deutschen Jugendinstituts hatten geahnt, dass Partizipation für die Kinder nur Sinn macht und nur „gelingen“ kann, wenn sie mit dem Alltag der Kinder in „ihrer“ Einrichtung oder „ihrer“ Gemeinde eng verwoben ist. „Erst das Hinterfragen bestehender Verhältnisse (egal, ob man sie am Ende verändern oder beibehalten möchte), das Einmischen in das laufende Geschehen, das Mitgestalten des Alltags machen Beteiligung aus“ (Bruner et al. 2001, S. 88). Als weitere wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Partizipation von Kindern erachten sie, dass erwachsene Begleiter/innen zur Verfügung stehen, die bereit sind, „Fragen und Unsicherheiten auszuhalten, das eigene (pädagogische oder politische) Verhalten zu reflektieren, Entscheidungsmacht und Entscheidungsbefugnisse zu teilen“ (ebd.).

Erwachsene können eine wichtige Rolle für das Gelingen der Partizipation von Kindern spielen, sie sind vielleicht sogar unverzichtbar. Sie können Kinder ermutigen, sich mehr zuzutrauen, oder die Kinder stärken, wenn sie mit als zu groß empfundenen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Sie mögen Kindern auch Ideen für bestimmte Aktivitäten nahebringen. Aber die Basis ihrer Interventionen sollte sein, die Kinder als Subjekte mit eigenen Erfahrungen, Kompetenzen und Sichtweisen zu respektieren, und sie sollten sich darauf konzentrieren, die rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen für das eigenständige Handeln und die Einflussnahme der Kinder zu verbessern.

Es gibt heute nicht wenige Kolleginnen und Kollegen, z.B. im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit und in manchen Kindertagesstätten, die so denken und zu handeln versuchen. Sie beißen sich aber meist die Zähne aus an uneinsichtigen oder ängstlichen Vorgesetzten, oder sie scheitern oft an den äußerst begrenzten Befugnissen und finanziellen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. Und diese Mittel werden, wie Sie wissen, immer weiter beschnitten.

Wie soll – so ließe sich fragen – die Partizipation von Kindern vor Ort glaubhaft gefördert werden und über die Symbolpflege demokratischer Spielwiesen hinauskommen, wenn die damit befassten Erwachsenen selbst in ihrem Bereich nichts zu sagen haben oder gar vorab vor unliebsamen Aktionen ihrer Schützlinge gewarnt und mit den Risiken ihrer rechtlichen Verantwortung allein gelassen werden? Leider klafft ein großer Widerspruch zwischen der vollmundigen Partizipationsrhetorik in Regierungs- und Verbandsbroschüren und der tatsächlichen Bereitschaft der politisch Verantwortlichen, sich vor Ort dafür stark zu machen und die eigenen Leute zu ermutigen.

Während meiner siebenjährigen Arbeit als Streetworker und Berater in Lateinamerika meine ich gelernt zu haben, dass eine Lösung dieses Problems letztlich nur zu erwarten ist, wenn die Kinder und Jugendlichen selbst den nötigen Druck machen. Erst wenn diese sich in organisierter Weise zu Wort melden und auf ihren Rechten bestehen, vielleicht sogar eigene

ist, der in den Kindern in erster Linie „Zielgruppen“ von Maßnahmen oder Projekten sieht, die von Erwachsenen getragen werden und deren Zielsetzung von Erwachsenen bestimmt wird. Dies ist noch deutlicher bei dem „kompensatorischen Ansatz“ von Schneider & Meinhold-Henschel (2007), demzufolge sich Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen aufgrund ihres „misstrauischen Habitus“ nur in einem Partizipationsprojekt engagieren, „wenn der zu erwartende Nutzen deutlich höher ist als die vermuteten Engagementkosten“ (a.a.O., S. 214). Auf diese Weise wird angestrebt, „vorhandene Defizite auszugleichen“ und „Zugangswege zu anspruchsvolleren Partizipationsvorhaben zu ermöglichen“ (a.a.O., S. 215). Partizipation wird also trotz Beachtung der ungleichen Ausgangsbedingungen wiederum in einem instrumentellen Sinn konzipiert. Auch der im Dezember 2008 veröffentlichte „Zwischenbericht“ der Bundesregierung zur Umsetzung des NAP bleibt bei einem instrumentellen Verständnis von Partizipation stehen, wenn es heißt: „Beteiligung lohnt, weil sich neue Sichtweisen ergeben, Projekte effizienter verlaufen und Ergebnisse eine höhere Akzeptanz erzielen“, weshalb man „die kreativen und konstruktiven Potenziale der Partizipation weiterhin nutzen“ werde (BMFSFJ 2008, S. 48).

Rechte formulieren,² werden sie ernst genommen und es besteht die Chance, dass sich auch die Strukturen und das Verhalten der politischen Entscheidungsträger ändern. In Lateinamerika hat sich hierfür die Rede vom *Protagonismus* der Kinder und Jugendlichen eingebürgert. Damit wird ausgedrückt, dass Kinder und Jugendliche eine eigene Sicht der Dinge haben und diejenigen sind, die sich am ehesten kompetent und nachdrücklich für ihre Interessen und Rechte einsetzen. Wo sie gemeinsam aktiv werden, stellen sie sich nicht etwa gegen die Erwachsenen und schon gar nicht gegen ihre Eltern (sofern sie welche haben), sondern erwarten, dass diese zu *Ko-Protagonisten* werden, die sich in ihrem Leben ebenso engagieren und bewähren, wie sie dies von den Kindern erwarten. Dazu gehört auch, dass sie sich die nötige Unabhängigkeit verschaffen, um gemeinsam für ihre Interessen und Rechte einzutreten.

Für uns hier könnte dies heißen: Wir sollten uns nicht immer wieder auf neue Partizipationsmodelle und -projekte stürzen, für die wir geeignete „Zielgruppen“ suchen, sondern wir sollten genauer hinsehen, wo im Alltag Kinder und Jugendliche ihren Unmut ausdrücken und dabei sind, sich für sich und für andere zu engagieren und zu organisieren. Dazu mögen auch Aktivitäten gehören, die nicht besonders fein sind, z.B. die Kritik an Lehrern in Internetportalen, die Besetzung leerstehender Häuser, die Störung des Autoverkehrs oder Graffiti an Hauswänden oder S-Bahn-Zügen. Es kommt drauf an, die Botschaften auch solcher Aktionen zu verstehen und ihnen ggf. zu mehr Resonanz und Wirkung zu verhelfen.

Ein beeindruckendes Beispiel für selbstorganisierte Initiativen sind die „Kindergipfel“ der *Naturfreundejugend*, die seit dem Jahr 2000 in eigener Regie von Kindern durchgeführt werden. Mit ihnen wollen die Kinder Politiker/innen dazu drängen, mehr zu tun, um die Lebensgrundlagen heutiger und künftiger Generationen zu sichern. Auf dem jüngsten Kindergipfel, der im Mai 2008 unter dem Motto „Kaufen wir uns die nächste Erde?“ in Bonn stattfand – er wurde gerade von einigen Jugendlichen hier vorgestellt – haben rund 120 acht- bis zwölfjährige Kinder hierzu einen „Zukunftsvertrag“ formuliert, in dem sie zahlreiche Forderungen und Selbstverpflichtungen aufstellen. Darin zeigen sie u.a. auf, wie sie eine „gerechte Weltwirtschaft“ erreichen, bedrohte Arten vor dem Verschwinden bewahren oder die „Biodiversität“ besser erforscht sehen wollen und wie sie selbst dazu beitragen können (siehe: www.kindergipfel.de).

Ein weiteres Beispiel – mit dem ich enden möchte – ist die Initiative „*Hiergeblieben!*“ des Berliner *Grips-Theaters*, das mit seinen Erfahrungen und Möglichkeiten die Selbstorganisation von jungen Flüchtlingen unterstützt. Die auf diese Weise entstandene Gruppe „*Jugendliche ohne Grenzen*“ ist mittlerweile bundesweit mit äußerst phantasievollen Aktionen aktiv und beehrt jedes Jahr einen Politiker oder eine Politikerin mit dem Preis „Abschiebeminister“. Sie beschränkt sich aber nicht auf die Kritik an den Obrigkeiten, sondern ermutigt auch andere Menschen gleich welchen Alters, sich für die Rechte von Flüchtlingen einzusetzen (siehe: www.jogspace.net).

Solche und andere vergleichbare selbstorganisierte Initiativen von Jugendlichen und Kindern, die es in der Bundesrepublik in beachtlicher Zahl gibt, sollten mehr Beachtung und Unterstützung finden. Dies wäre vielleicht der beste Beitrag, um in Deutschland einer kindergerechten Republik näher zu kommen.

² Auch dafür gibt es im Süden Beispiele wie etwa die „12 Rechte“, die die Afrikanische Bewegung arbeitender Kinder und Jugendlicher erstmals 1994 formuliert hat und deren Erfüllung sie jährlich in eigenen Aktionen anmahnt und überprüft (vgl. Liebel 2009, S. 72 ff.). Zur Entstehung der Kinderbewegungen in Lateinamerika und der Konzeption des *protagonismo infantil* vgl. Liebel (1994).

Literatur

- Avenarius, Hermann & Hans Heckel (2000): *Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Praxis, Rechtsprechung und Wissenschaft*. 7., neubearbeitete Auflage. Neuwied: Luchterhand.
- Berger, Gundel (2007): Rechtlicher Rahmen für die Mitwirkung in der Kommune, in: Bertelsmann Stiftung (2007), S. 115-127.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertram, Hans (Hrsg.) (2008): *Mittelmaß für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland*. München: C. H. Beck.
- BMFSFJ (2005): *Nationaler Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMFSFJ (2008): *Nationaler Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ Zwischenbericht*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bruner, Claudia Franziska, Ursula Winklhofer & Claudia Zinser (2001): *Partizipation – ein Kinderspiel. Beteiligungsmodelle in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden*. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Burdewick, Ingrid (2003): *Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger*. Opladen: Leske + Budrich.
- Burdewick, Ingrid (2005): Politische Partizipation – Jugend, Anerkennung und Pädagogik, in: Benno Hafener, Mechthild M. Jansen & Torsten Niebling (Hrsg.): *Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 95-117.
- Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): *Kinderreport Deutschland 2007. Daten, Fakten, Hintergründe*. Freiburg: Velber.
- Fatke, Reinhard & Helmut Schneider (2005): *Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Freitag, Michael (2007): Demokratische Prozesse im „Volk der Schülerinnen und Schüler“, in: Bertelsmann Stiftung (2007), S. 101-113.
- Geflüchtete Kinder* (2008). Schwerpunktthema in: *frühe Kindheit – die ersten sechs Jahre. Zeitschrift der Deutschen Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft e.V.*, 11. Jg., Heft 5/08, S. 6-43.
- Knauer, Reingard, Bianca Friedrich, Thomas Herrmann & Bettina Liebler (2004): *Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kutscher, Nadia (2007): Beteiligung von Jugendlichen zwischen Interessen, Erwartungen und Lebensalltag, in: Bertelsmann Stiftung (2007), S. 187-204.
- LBS-Kinderbarometer Deutschland 2007. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern in sieben Bundesländern*. Ein Projekt des Dachverbandes der Landesbausparkassen „LBS-Initiative Junge Familie“. Herten: Prosoz Herten ProKids-Institut http://www.prosoz.de/fileadmin/redaktion/prokids/pdf/KinderbarometerDeutschland2007_01.pdf.
- Liebel, Manfred (1994): *Wir sind die Gegenwart. Kinderarbeit und Kinderbewegungen in Lateinamerika*. Frankfurt M.: IKO.
- Liebel, Manfred (2007): *Wozu Kinderrechte. Grundlagen und Perspektiven*. Weinheim & München: Juventa.
- Liebel, Manfred (2009): *Kinderrechte – aus Kindersicht. Wie Kinder weltweit zu ihrem Recht kommen*. Münster, Berlin, Hamburg & London: LIT.

- Liebel, Manfred; Ina Nnaji & Anne Wihstutz (Hrsg.) (2008): *Kinder. Arbeit. Menschenwürde. Internationale Beiträge zu den Rechten arbeitender Kinder*. Frankfurt a.M. & London: IKO.
- Overwien, Bernd & Annedore Prengel (Hrsg.) (2007): *Recht auf Bildung. Zum Besuch des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen in Deutschland*. Opladen: Barbara Budrich.
- Santos Pais, Marta (2008): Kinder als Zukunft: Warum die Lebenssituation von Kindern durch internationale Vergleiche zur Lebenslage verbessert werden kann, in: Bertram (2008), S. 220-227.
- Schmidt, Ralf (2002): Schülerpartizipation im Schulleben und Unterricht, in: Heinz-Hermann Krüger, Sibylle Reinhardt, Catrin Kötters-König, Nicole Pfaff, Ralf Schmidt, Adrienne Krapidel & Frank Tillmann (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt*. Opladen: Leske + Budrich. S. 103-114.
- Schneider, Helmut & Sigrid Meinhold-Henschel (2007): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Königsweg zur Integration? In: Deutsches Kinderhilfswerk (2007), S. 205-220.
- Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.) (2008): *Wahlrecht ohne Altersgrenze? Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische und entwicklungspsychologische Aspekte*. München: oekom verlag.
- Weimann, Mike (2002): *Wahlrecht für Kinder. Eine Streitschrift*. Weinheim, Berlin & Basel: Beltz.
- World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.) (2007): *Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.